

Ansprache des Landesvorsitzenden

Richard Mergner

Delegiertenversammlung 2022 in Memmingen



Landesverband Bayern
des Bundes für Umwelt-
und Naturschutz
Deutschland e.V.

Richard Mergner
1. Vorsitzender

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 09 11/81 87 8-10
Fax 09 11/86 95 68

richard.mergner
@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

***Mit aller Energie für ein
zukunftsfähiges Bayern***

Sehr geehrte Ehrengäste,
liebe Delegierte,
sehr geehrte Damen und Herren,

Memmingen, 21. Mai 2022

endlich wieder eine Delegiertenversammlung in Präsenz und das im schönen Allgäu, in Memmingen, wo wir schon im Jahr 2020 von unserem Kreisvorsitzenden Helmut Scharpf und seinem Team begrüßt worden wären. Ich freue mich sehr, Euch alle gesund und munter vor mir zu sehen und Euch bei aller Vorsicht nahe zu sein. Auch diejenigen, die aus Vorsichtsgründen digital an unserer Delegiertenversammlung teilnehmen, begrüße ich von ganzem Herzen. Wir sind damit barrierefrei für alle Delegierten zugänglich und wenn Corona neben all dem Schrecken und Leid etwas Positives hat, dann, dass wir alle gelernt haben, unsere Kommunikation auch digital zu verbessern. Wir sehen bei aller Vorsicht, die wir auch hier im Raum üben, Licht am Ende des Tunnels der Pandemie.

Das Interesse am BUND Naturschutz wächst. Das belegt das Mitgliederwachstum um 6.000 Personen auf den historischen Höchststand von 261.000 Mitgliedern am Ende des vergangenen Jahres. Ich bin sehr dankbar für diesen Vertrauensbeweis. Für uns als Landesvorstand ist dieses Ergebnis der ehrenamtlichen Arbeit tausender Aktiver in ganz Bayern Motivation und Rückenwind für die kommenden Herausforderungen der sozial-ökologischen Veränderung.

Krieg in der Ukraine

Doch scheint die Corona-Krise gerade halbwegs überstanden zu sein, macht uns der fürchterliche Krieg in der Ukraine sprachlos und traurig. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten den betroffenen Menschen, die sich auf der Flucht befinden, die Angst um ihr Leben haben oder Angehörige verloren haben. Der Krieg ist uns nahe gerückt und die Bilder sind schrecklich. Meine Hochachtung gilt den mutigen Ukrainer*innen, die sich den russischen Truppen entgegenstellen, und den Demonstrant*innen in Russland, die hohe Haftstrafen für ihre freie Meinungsäußerung riskieren. Doch wir dürfen darüber nicht vergessen, dass auch Klimakrise und Verteilungskämpfe um Boden, Wasser und Ressourcen zu Krieg, Flucht und Vertreibung in vie-

len anderen Ländern führen. Und dass die reichen Länder, ob im Westen oder Osten, mit ihrer kolonialen Vergangenheit und ihrer Wachstums- und Verschwendungswirtschaft ursächlich mit dafür verantwortlich sind.

Wir sind alle aufgerufen, humanitäre Hilfe zu leisten und aufnahmebereit zu sein für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ebenso wie für Menschen aus Vorderasien und Afrika, die auch vor Krieg, Hunger und den Folgen der Zerstörung ihres Lebensraums durch die menschengemachte Klimakrise fliehen müssen.

Jeder Krieg ist eine grobe Verletzung der Menschenwürde und der Menschenrechte. Jeder Krieg - auch dieser Angriffskrieg Russlands - ist neben dem fürchterlichen menschlichen Leid auch ein Verbrechen an der Umwelt.

Mit größter Betroffenheit und Wut und Trauer erleben wir, dass die durch den atomaren GAU von Tschernobyl gebeutelten Menschen in der Ukraine, in der immer noch 6 Prozent der Landesfläche radioaktiv verseucht sind, neben der Furcht vor Bomben und Raketen auch dem Sicherheitsrisiko der vier Atomkraftwerke mit 15 in Betrieb befindlichen Atomreaktorblöcken ausgesetzt sind. Bei den Kämpfen am größten europäischen Atomkraftwerk Saporischschja sind die Ukraine und die Welt nur knapp einer nuklearen Katastrophe entgangen.

Die jetzt wieder aufflammende Diskussion um einen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in Deutschland - Ende 2022 sollen die letzten drei und darunter auch der letzte Kraftwerksblock in Ohu bei Landshut endlich abgeschaltet werden – ist nicht nur geschichtsvergessen und verantwortungslos, sondern auch völlig unsachlich: Atomstrom ist kein Ersatz für Gasheizungen. Wer Atomkraftwerke noch länger laufen lassen will, macht uns in der Uranversorgung genauso abhängig von Drittstaaten wie fossile Energieträger – 20 Prozent des Urans in den Kernkraftwerken der EU kommen aus Russland, nochmal 20 Prozent von seinem Verbündeten Kasachstan. Und Atomkraft ist zu langsam für den Klimaschutz, zu teuer und zu gefährlich und nicht zuletzt ein militärisches Ziel und gravierendes Sicherheitsrisiko. Außerdem ist der kurzfristige Ausstieg aus dem weit fortgeschrittenen Atomausstieg technisch kaum möglich. Dass diese Diskussion gerade von denen begonnen wird, die das Energiesparen, energetische Gebäudesanierung, den geringeren Spritverbrauch von Autos und die Verkehrswende sowie den engagierten Ausbau wirklich ökologischer erneuerbaren Energien blockiert haben, macht mich fast sprachlos. Leider ist auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder - ebenso wie der bayerische Wirtschafts- und Energieminister und das gesamte Kabinett – auf diesen Zug aufgesprungen. Dabei ist es ganz eindeutig: Mit dieser hoffnungslosen Forderung wollen Söder & Co. nur vom eigenen Versagen in der Energiepolitik ablenken.

Wir müssen uns aus der brutalen Abhängigkeit von fossilen und atomaren Energieträgern und Ressourcen befreien, um keine Geschäfte mit Staaten machen zu müssen, deren Herrscher Krieg führen und in denen Umwelt und Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Es ist in der Tat absurd: Einerseits unterstützen wir die Ukraine mit Waffenlieferungen und Spenden und gleichzeitig finanzieren wir den Krieg, indem wir Russland weiterhin Gas, Kohle und Öl abkaufen!

Das ist verantwortungslos!

Deshalb müssen das Energiesparen und die erneuerbaren Energien mit aller Kraft vorangebracht werden. Das ist der Schlüssel zur Lösung der Doppelkrise Krieg und Klimakatastrophe. Jede eingesparte Kilowattstunde Strom, jeder eingesparte Kubikmeter Gas und jeder eingesparte Liter Öl, Benzin, Diesel oder Kerosin entzieht diesem Krieg etwas Nahrung und schützt das Klima. Jeder Einzelne kann dazu beitragen, indem er die Gas- oder Ölheizung runterdreht und weniger oder langsamer Auto fährt oder seine Füße, das Rad und Busse und Bahnen nutzt. Jeder kann dazu beitragen, indem er weniger Ressourcen verbraucht, zum Beispiel durch den Verzicht auf Plastik oder durch die Bevorzugung regionaler Produkte. Und ich bin dankbar, dass wir dies nun auch von Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck hören und lesen können.

Aber die Regierungen, ob in Berlin oder München, dürfen nicht nur reden, sie müssen auch handeln. Man kann sofort beginnen mit einfach umzusetzenden Maßnahmen wie der Einführung eines Tempolimits oder einmal monatlich einem autofreien Sonntag. Und schließlich brauchen wir endlich konsequente Maßnahmen für die energetische Sanierung von Gebäuden und für den Ausbau erneuerbarer Energien nach Plan und mit naturschutzfachlichen Leitplanken, wir brauchen die Abschaffung der vor diesem Hintergrund noch absurderen 10H-Abstandsregelung in Bayern, wir brauchen eine Flächenausweisung von 2% der Landesfläche für Windkraft durch eine gute Regionalplanung. So finden wir gute Standorte, die Natur- und Artenschutz beachten, und mehr Gemeinden können wie Fuchstal oder Wildpoldsried vorangehen und die Energiewende vor Ort umsetzen!

Der Kabinettsbeschluss vor fünf Tagen nach langem Koalitionsstreit ist aber leider wieder saft- und kraftlos und verbreitet keine Aufbruchsstimmung für eine bayerische erneuerbare Energierevolution.

Lasst uns endlich aufbrechen in eine Welt der Freiheit von Energieimporten aus nichtdemokratischen Ländern, in einer Welt der Freiheit von CO₂-Ausstoß, in eine klimaneutrale Welt.

Vor Bundestagswahl klar für umweltgerechte Politik engagiert

Wir alle als BUND Naturschutz sind mit unserer täglichen Arbeit mitverantwortlich dafür, dass es in Berlin in vielen Bereichen eine neue Politik gibt - vor allem in den Kernbereichen der sozialökologischen Veränderung unserer Wirtschaft, unseres Energiesystems, vor allem aber auch der Agrarpolitik. Und deshalb fordern von CDU und vor allem der CSU und Ministerpräsident Markus Söder auch, statt Fundamentalopposition zu betreiben, nun den Wettbewerb zu suchen: Wer hat die besseren Konzepte für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft – Berlin oder Bayern? Wer kann die Energiewende, die Abkehr von Ressourcenraub und das Ende der Unterstützung diktatorischer Regime am schnellsten voranbringen – Berlin oder Bayern? Wer stellt die Weichen dafür, dass keine neuen Tierfabriken genehmigt werden, sondern wir unsere Bauernhöfe vor der Agrarindustrie und vor Betrieben mit tausenden Kühen, die es auch im Allgäu gab, schützen – muss das Berlin machen oder kann das auch Bayern?

Landtagswahl im Herbst 2023 zur Klimaschutzwahl machen

Wir haben als BUND Naturschutz die Verantwortung, denn die nächsten eineinhalb Jahre werden von der Landtagswahl im Herbst 2023 geprägt sein. Wir haben als

BUND Naturschutz die Verantwortung, bei allen demokratischen Parteien darauf hinzuwirken, dass sie Klimaschutz, Flächenschutz und Agrarwende ernsthaft verfolgen – in ihren Wahlprogrammen und später in ihrem Regierungsprogramm.

Klimaschutz, Flächenschutz und Agrarwende – diese drei Ziele hat der Landesvorstand als unsere Jahresschwerpunkte beschlossen, für die wir alle gemeinsam mit aller Kraft arbeiten werden. Denn die nächsten zehn Jahre werden darüber entscheiden, ob wir auf diesem Planeten und auch in Bayern die Folgen der **Klimakatastrophe** noch abschwächen können. Ich sage nicht „verhindern“ – die Klimakatastrophe ist nicht mehr zu verhindern, die läuft bereits, und das merken wir alle auch in Bayern von Jahr zu Jahr mehr. Hochwasser und Sturzfluten in Oberbayern, sterbende Wälder in Mittel- und Unterfranken, austrocknende Böden, sinkende Grundwasserspiegel, Ernteauffälle und Vegetationsverschiebungen in weiten Teilen Bayerns. Es geht jetzt darum, die Katastrophe und ihre Folgen wenigstens abzumildern. Und da muss jetzt sehr schnell sehr viel passieren, sonst werden die Folgen auch in Bayern in ein paar Jahren viel schlimmer sein, als sich viele von uns das vorstellen können.

Wir können uns nicht nochmal fünf Jahre eine Staatsregierung leisten, die das Problem aussitzt, die sich auf Symbolpolitik zurückzieht, die sich weigert, die nötigen Entscheidungen zu treffen.

Klar, Parteien leben von den Stimmen der Wähler*innen, sie wollen niemanden verärgern. Und einiges von dem, was jetzt getan werden muss, ist unbequem. Aber es muss getan werden! Wenn der Landtag und die Staatsregierung, die nächstes Jahr im September gewählt werden, nicht endlich mutig handeln, werden die Folgen dieses Nichtstuns viel, viel teurer und gefährlicher sein als die Maßnahmen, die sie jetzt noch ergreifen können.

Wir müssen erreichen, dass wenigstens die nächste Staatsregierung ernst macht mit **Umweltschutz**, mit **Naturschutz**, mit **Klimaschutz** – mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Und dazu gehört auch, dass dem unnötigen Flächenfraß endlich ein Ende gesetzt wird. Was Flächenfraß konkret bedeutet, merken wir gerade hier im schönen Allgäu: Im Argental im Landkreis Lindau zum Beispiel soll wieder ein interkommunales Gewerbegebiet auf die grüne Wiese gesetzt werden. Natürlich sind wir gezwungen, dagegen zu klagen – schlimm genug, dass das überhaupt nötig ist.

Aber wir wollen, dass der Flächenfraß endlich gestoppt wird, dass nicht noch mehr unnötige Asphaltbänder unser Land zerschneiden.

Und wie wir wollen, dass die Moore besser geschützt werden, dass nicht noch mehr Einzelhandels-Monster auf unsere Wiesen gesetzt werden, dass die dritte Startbahn am Flughafen München endlich definitiv beendet wird. Wir wollen, dass die Staatsregierung und die Kommunen mehr Geld in die Bereiche investieren, die unser Überleben sichern!

Wir haben dazu gerade erst gemeinsam mit Greenpeace die umfangreiche Studie **„Zukunftsfähiges Bayern“** erstellen lassen, die wir in einer Premiere für Bayern gemeinsam mit der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft und der IG Metall vorgestellt haben. Die zentrale Forderung der Studie: Die bayerische Staatsregierung, genauso wie die Unternehmen der bayerischen Wirtschaft oder die Gewerkschaften, müssen „Fortschritt“ für Bayern neu definieren, um den überfälligen sozial-ökologischen Wandel in Bayern voranzubringen und zu gestalten.

Die Studie zeigt ganz klar: Wo sind staatliche und private Investitionen tatsächlich Zukunftsinvestitionen für die Bewahrung von Natur und Umwelt als Basis für Leben und Wirtschaften? Und wo drohen Investitionen zu so genannten „stranded-assets“ zu werden, beispielsweise, wenn weiterhin in Bayern Milliarden Euro in den Neu- und Ausbau von Straßen gesteckt werden statt in einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, in Energieeffizienz oder energetische Gebäudesanierung?

Ein Wandel, wie er in der Studie vorgeschlagen wird, spart nicht nur auf lange Sicht Geld, sondern er bringt nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaft und des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sogar noch 340.000 neue Arbeitsplätze in Bayern!

Der BUND Naturschutz und Greenpeace haben mit dieser Studie konstruktiv Wege aufgezeigt. Aufgabe von Ministerpräsident Markus Söder, von Hubert Aiwanger, Albert Füracker und Christian Bernreiter ist es nun, die Umsetzung voranzutreiben und damit Bayern UND den Klimaschutz wirklich voranzubringen.

Um das zu erreichen, sprechen wir vom BUND Naturschutz nicht nur mit der Regierung, sondern mit allen demokratischen **Parteien**. Wir warten nicht, bis die Wahlplakate stehen, sondern wir haben bereits jetzt Kontakt aufgenommen, wo die **Wahlprogramme** geschrieben werden. Wir versuchen die Parteien zu überzeugen, dass sie um echten Klima-, Umwelt- und Naturschutz nicht mehr herumkommen. Und wer uns zuhört, den unterstützen wir gern – es geht uns nicht um Parteipolitik, es geht uns darum, die Interessen von Natur und Umwelt zu stärken.

Ich höre ab und zu, dass der BN oft ähnliche Positionen wie die Grünen, die ÖDP oder die **Oppositionsparteien** vertritt. Das stimmt, denn einige ihrer Positionen zum Umwelt- und Naturschutz entsprechen auch unseren BN-Positionen.

Wir sprechen und verhandeln aber genauso mit der CSU, den Freien Wählern oder der FDP. Wo es Gemeinsamkeiten gibt, arbeiten wir gern zusammen und wo es Differenzen gibt, versuchen wir sie zu überzeugen. Und genauso müssen wir Parteien, wenn sie, wie jetzt die Grünen oder die FDP, in Berlin neu in Regierungsverantwortung sind, mit allen Mitteln des zivilgesellschaftlichen Engagements zeigen, welche Weichen für die notwendige sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft gestellt werden müssen. Daher sind wir auch in engem Austausch mit anderen Organisationen wie dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der IG Metall oder der Arbeiterwohlfahrt. Denn soziale Verantwortung darf nicht gegen Umwelt- und Klimaschutz ausgespielt werden. – im Gegenteil, sie funktionieren nur gemeinsam.

Die Landtagswahl im nächsten Jahr wird neben unserer klassischen und erfolgreichen Arbeit im Artenschutz oder bei der Biotop-Pflege einen Arbeitsschwerpunkt darstellen, weil die politischen Weichenstellungen darüber entscheiden, wie die Zukunft unseres Planeten und auch Bayerns aussieht.

Deshalb ist es auch wichtig, dass Ihr Euch vor Ort einbringt: Redet jetzt schon mit den Menschen und den Arbeitskreisen in den Parteien bei Euch vor Ort, nutzt Eure Kontakte. Macht ihnen klar, dass Umweltschutz, Klimaschutz und Artenschutz entscheidende Themen sind, auch für die Wahl, auch für ihr Wahlergebnis. Und wenn dann der Wahlkampf offiziell läuft: Schreibt Leserbriefe, macht Veranstaltungen, geht auf Podiumsdiskussionen und in Online-Meetings, ladet die Kandidat*innen zu Euch ein, stellt sie auf den ökologischen Prüfstand, macht Druck! Lasst Euch nicht mit allgemeinen Versprechungen abspeisen, fordert klare und verbindliche Aussagen ein

und erinnert die Abgeordneten auch nach der Wahl daran! Gemeinsam können wir es schaffen, dass die nächste Staatsregierung die Klimakrise so angeht, wie es nötig ist, bevor es zu spät ist.

Im Übrigen ist es Quatsch, wenn Ministerpräsident Söder behauptet, die Bevölkerung will das nicht. Letztes Jahr gab es in Bayern vier Bürgerentscheide zum Neubau von Windkraftanlagen. Und überall stimmten die betroffenen Bürger*innen nicht gegen, sondern für die Windenergie!

Das war so in Sinzing und Parkstein in der Oberpfalz, das war so im Landkreis Ebersberg und das war so in Eggolsheim bei Forchheim . Das zeigt: Anders als der Ministerpräsident behauptet, gibt es regelmäßig vor Ort Mehrheiten für den naturverträglichen Bau von Windrädern, wenn nur die Planung nachvollziehbar ist und offen und umfassend kommuniziert wird. Das freut uns natürlich, denn wenn wir auch in 30, 40 Jahren keine braunen, sondern grüne Wiesen und Wälder in Bayern sehen wollen, brauchen wir den massiven Ausbau der Windenergie. Genauso wie mehr Sonnenenergie und deshalb eine Solarpflicht auf allen Neu- und Umbauten und eine bessere Nutzung von anderen bereits versiegelten Flächen wie z.B. Parkplätzen.

Denn ohne Klimaschutz und Energiewende kann es auch keinen Natur- und Artenschutz geben!

Ernährungssicherheit braucht Vielfalt und stabile Ökosysteme - Gentechnikheilsversprechen sind unglaubwürdig

Wie in der Energiepolitik mit der verlogenen Atomstrom-Debatte gibt es auch in anderen Bereichen Kräfte, die die Ukraine-Krise dafür nutzen wollen, alles, was wir erreicht haben, zurückzudrehen. Im Agrarsektor zum Beispiel gibt es Versuche seitens der agrochemie-intensiven Landwirtschaft, den schrecklichen Krieg mit seiner Auswirkung auf die weltweite Verteuerung der Nahrungsmittel für einen Angriff auf die Artenvielfalt zu nutzen. Leider marschiert auch Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mit dieser Phalanx zurück in die Vergangenheit: Der Natur überlassene Flächen in den agrarischen Vorranggebieten sollen bundesweit doch besser umgepflügt und ackerbaulich genutzt werden, meint sie.

Damit zeigt Frau Kaniber ihr wahres Gesicht: Sie will die Beschlüsse des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ in die Tonne treten. Wir sind sehr froh, dass eine vernunftbegabte Führungsriege im Bundeslandwirtschaftsministerium sich nicht von den wichtigen Zielen einer stabilen, ressourceneffizienten Landwirtschaft mit stabilen Erträgen ohne Überdüngung abbringen lässt und die Wichtigkeit ökologischer Vorrangflächen für die Natur erkannt hat.

Ukraine-, Biodiversitäts- und Klimakrise hängen miteinander zusammen. Wer Kriege verhindern will, darf nicht nur rüsten, sondern muss für globale Gerechtigkeit sorgen: Erforderlich sind jetzt der Einsatz für eine bessere Finanzierung der Welthungerhilfe, die längerfristige Reduktion des Tierbestands und die Verabschiedung vom derzeitigen System, das wertvollste Ackerflächen für die Produktion von Treibstoff für den Straßenverkehr verschwendet. Und die Behauptung, dass auf bisher geschützten Flächen in Europa zusätzlich produzierte Lebensmittel den Hungernden in den armen Ländern des Südens helfen, ist reine Augenwischerei. Praktisch sämtliche Hungersnöte der letzten zwei, drei Jahrhunderte, egal wie massiv und wie tödlich sie waren, wurden nicht durch fehlende Nahrungsmittel in den Hungergebieten verursacht.

Nein, fast immer und überall gab es genug Lebensmittel – aber die Menschen konnten sie nicht mehr kaufen, weil sie infolge von Krieg, Flucht, wirtschaftlicher Erdrosselung und anderen Krisenerscheinungen ihr Einkommen und damit ihre Kaufkraft verloren haben. Hunger ist seit Jahrhunderten keine Frage der Produktion mehr, sondern – wie so vieles – eine Frage der Verteilung. Auf unserem Planeten, mit all unserem Wissen und unseren Hilfsmitteln gibt es mehr als genug Nahrungsmittel für jeden Menschen, Hunger ist kein Naturgesetz und keine Frage von jetzt wieder umgepflügten und überdüngten Uferrandstreifen, Hunger wird gemacht.

Deshalb müssen die Ziele der farm-to-fork Strategie und des Green Deals, den die europäische Kommission auf den Weg gebracht hat, jetzt erst recht umgesetzt werden: 50% weniger Pestizide und Ausbau des Ökolandbaus auf 25% in Europa bis 2030, 30% in Deutschland und in Bayern, das müssen wir jetzt umso stärker unterstützen.

Die Diskussionen um die Zukunftskommission Landwirtschaft haben gezeigt, dass ein Aufeinanderzugehen gerade in diesen Krisenzeiten notwendiger denn je ist. Die Gräben zwischen Landwirtschaft und Naturschutz können jetzt besser zugeschüttet werden als früher – denn auch mehr und mehr Landwirt*innen erkennen, dass der Klimawandel und das Artensterben ihre berufliche wie private Existenz bedroht. Wir müssen Seite an Seite kämpfen für mehr Biodiversität und gegen eine Deregulierung der Gentechnik. Es ist wichtig, dass die Ampelkoalition an der klaren Ablehnung der Gentechnik festhält und sich gegen alle Deregulierungsbestrebungen wendet.

Denn die gibt es auch in Bayern, wo sich die Staatsregierung nach wie vor um ein Bekenntnis zur Sicherung eines gentechnikfreien Bayerns drückt.

Mit einer gemeinsamen europaweiten Petition wird sich ein breites Bündnis dafür einsetzen, eine Deregulierung des Gentechnikrechts zu verhindern. Hier freuen wir uns auch über den Initiativantrag der BN-Kreisgruppe Fürth Land und Stadt, damit wir wieder zu starken regionalen Anti-Gentechnikbündnissen in Bayern kommen.

Ein Opfer der Klimakrise: unsere Wälder

Wir können alle sehen, dass viele unserer Wälder in der Klimakrise leiden. Deshalb hilft unser Engagement für mehr Klimaschutz natürlich auch dem Wald! Es hilft der Vielfalt in den Wäldern, das hilft den Waldbesitzer*innen, das hilft allen Bürger*innen.

Im Waldbereich hat sich 2021 viel getan. Wir haben dabei als BN zwei Aspekte im Blick: eine naturnähere Waldwirtschaft und einen besseren Schutz der Wälder. Viele mögen das als Gegensatz empfinden, wir tun das nicht. Für uns als BN gehört beides zusammen: Man muss das zusammendenken und zusammenbringen, und man kann es. Weil es natürlich um die Nutzung des umweltfreundlichen Rohstoffes Holz geht, zu der wir stehen. Aber es muss in der Klimakrise auch darum gehen, die Nutzung und den Schutz der Wälder an den neuen Herausforderungen auszurichten. Insgesamt bekommen die Gemeinwohlfunktionen der Wälder eine höhere Bedeutung. Es wird künftig mehr darum gehen, Wälder an und für sich zu erhalten, als eine bestimmte Menge Holz zu ernten. Und besonders die Waldleistungen für den Klimaschutz, für die Landschaftskühlung, für den Bodenschutz und für den Trinkwasserschutz und den Wasserrückhalt rücken in den Mittelpunkt. Wir haben deshalb 2021 auch das Projekt „Forstbetrieb 2030“ kritisiert, das für den Staatswald weniger Personal und mehr Maschinen zulasten der Gemeinwohlfunktionen bedeutet hätte. Es

ist uns gelungen, das Projekt ein Stück weit auf die richtige Spur zu bringen. Aber der Staatswald braucht eine grundsätzliche geänderte Ausrichtung.

Ein zweites Waldthema hat uns als BN letztes Jahr auf verschiedenen Ebenen stark gefordert: die Schalenwildjagd. Die bayernweite Zustandserhebung der Waldverjüngung und deren Verbiss haben gezeigt, dass Bayern hier seit Jahrzehnten kaum vorankommt. Ich will es klar ansprechen, das ist kein „Wildproblem“, sondern ein „Jägerproblem“.

Unabhängig von Defiziten oder guten Beispielen im Wirtschaftswald ist klar, dass es auch nutzungsfreie Wälder braucht: für die Vielfalt anspruchsvoller Waldarten und für mehr natürliche Entwicklung der Wälder sowie deren Erforschung. Gerade in der Klimakrise brauchen wir so genannte „Nullflächen“, um zu beobachten, wie die Waldnatur auf die Veränderungen reagiert.

Bayern braucht deshalb den Nationalpark Steigerwald. Auch wenn wir schon 15 Jahre dafür kämpfen, brauchen wir ihn dringender denn je. Denn mit seiner Vielfalt an Standorten und Baumarten ist der Steigerwald ein ideales Forschungsobjekt, ein Freilandlabor, anhand dessen die bayerische Forstwirtschaft und Wissenschaft beobachten und lernen können. Wir sind überzeugt, dass die Region und ganz Bayern davon auch wirtschaftlich profitieren können: Ein Nationalpark Steigerwald würde ein Leuchtturmprojekt eines sanften Tourismus in Nordbayern.

Deshalb werden wir zusammen mit unseren Partner*innen den Steigerwald zu einem zentralen Thema des Naturschutzes bei der Landtagswahl machen. Dazu haben wir das „Nationalparkbündnis Bayern“ gegründet, mit dem wir bayernweit informieren und für den Nationalpark Steigerwald werben wollen.

Wasseraustreibungspolitik beenden

Auch das Thema „Wasser“ wird angesichts der galoppierenden Klimakrise auch in Bayern immer wichtiger. Bayernweit sinken die Grundwasserspiegel. Vor allem aber in Unterfranken, dem Klimahotspot Bayerns, zeigen viele Wälder noch immer deutliche Trockenschäden. Wir fordern daher, die Wasseraustreibungspolitik der vergangenen Jahrzehnte endlich zu beenden. Wir müssen das Wasser wieder in der Landschaft halten und dem Grundwasser zuführen. Dies wird eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre sein. Unsere Städte müssen zu Schwammstädten werden und die Landwirtschaft muss den Boden wieder fit machen - fit für eine bessere Wasseraufnahme, fit für einen verbesserten Wasserrückhalt.

Wir freuen uns in diesem Zusammenhang, dass der Hafenlohrthal-Speicher im Spessart nun endlich aus den Regionalplan gestrichen wurde! Damit wurde gezeigt, dass die Trinkwasserversorgung auch in Unterfranken sichergestellt werden kann, wenn klare Vorgaben zum Gewässerschutz und zu einem nachhaltigen Umgang mit der knapper werdenden Ressource Wasser umgesetzt werden. Dank hier vor allem an Sebastian Schönauer.

Lieber Sebastian, Du hast Dich ja über Jahrzehnte gegen diesen Speichersee und damit auch für den Erhalt des einzigartigen Hafenlohrthals im Spessart eingesetzt: Ein herzliches Dankeschön für Deinen Einsatz!

Grünes Band

Einen anderen Erfolg konnten wir für das Grüne Band feiern: Durch intensive politische Arbeit auf Bundesebene ist es uns gelungen, das Grüne Band Europa in den **Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung** zu bringen. Dies gibt uns Aufwind für ein anderes wichtiges Vorhaben: Die Nominierung als **UNESCO Weltnatur- und -kulturerbestätte**. Momentan arbeitet unser Fachbereich Grünes Band zusammen mit dem thüringischen Umweltministerium intensiv daran, bis Ende des Jahres das Grüne Band auf die deutsche **Vorschlagsliste für Welterbestätten** zu bekommen. Sehr erfreulich ist, dass sich der **Freistaat Bayern an der Welterbebewerbung beteiligt** und die auf bayerischer Seite anschließenden Naturschutzgebiete in die Flächenkulisse des Weltnaturerbes einbringt.

Trotzdem besteht in Bayern Nachholbedarf: Der Freistaat sollte dem Beispiel des Landes Hessen folgen, das als erstes westliches Bundesland ein **Nationales Naturmonument Grünes Band** noch in diesem Jahr ausweisen wird und damit den länderübergreifenden Lebensraumverbund massiv stärkt.

Das **Grüne Band Bayern ist eine Schatzkammer der Artenvielfalt**: Hochgradig gefährdete und seltene Arten wie Goldener Scheckenfalter, Flussperlmuschel, Arnika, Hochmoorlaufkäfer und Waldbirkenmaus finden hier einen Rückzugsort. Es ist ein **Rückgrat der grünen Infrastruktur**, das nicht nur Wildnisgebiete, sondern auch artenreiche traditionelle Kulturlandschaften miteinander verbindet und vor dem Hintergrund des **Klimawandels ein rettender Wanderkorridor** ist.

Das Grüne Band als bereits bestehenden Biotopverbund weiter zu vergrößern und zu entwickeln, muss daher auch das Ziel des Freistaats Bayern sein. Denn das Ziel von 10% der Landesfläche für den Biotopverbund besteht auch in Bayern. Und daher frage ich mich, **warum der Freistaat bislang die Potenziale dieses einzigartigen Natur- und Kulturerbes nicht in vollem Maße ausschöpft!**

BUND Naturschutz führend im Artenschutz

Auch zum 3. Jahrestag des großartigen Erfolges des **Volksbegehrens Artenvielfalt** fällt unsere Bilanz ernüchternd aus. Zwar haben wir mit dem Streuobstpakt einen großen Erfolg und Fortschritt für die Erhaltung und die Wiederherstellung von Streuobstwiesen erreicht, aber in anderen Bereichen tut sich in Bayern wenig. Vor allem im **Biotopverbund** fehlen nach wie vor aktualisierte Konzepte und reale Fortschritte in der Landschaft. Stattdessen wird der Bedarf für neue Flächen formal heruntergerechnet, indem möglichst viel Bestehendes in die Bilanzen einberechnet wird. Der Aufbau eines funktionierenden Netzes in allen Kommunen wird so nicht vorankommen.

Erfreulich immerhin ist, dass der **Moorschutz** immer mehr politische Unterstützung erfährt. Was wir im BN schon seit Jahrzehnten für den Arten-, Klima- und Hochwasserschutz fordern und selbst betreiben, findet zunehmend Eingang in die Klimaschutzpolitik, sogar in den Maßnahmenkatalog des bayerischen Klimaschutzgesetzes. Doch mit mehr Geld und befristeten Personalstellen alleine ist es nicht getan. Sechs Prozent der Treibhausgasemissionen Bayerns kommen aus entwässerten Mooren – um bis 2035 klimaneutral zu werden, muss Moorschutz verpflichtend und durch eine ökologische Agrarreform und Einkommensperspektiven für mit Klima- und Naturschutz wirtschaftende Moor-Landwirte vorangebracht werden.

Und zum Wasser gehört natürlich auch der **Biber**: Wo er Fluss und Aue gestalten darf, profitieren viele andere Arten, er schafft natürliche Biotope für Amphibien, Libel-

len, Fische und Co. Sogar bei der Moorrenaturierung hilft er mit dem Anstauen von Gräben. Leider wurden Biberdämme und damit auch diese Landschaften in den letzten Jahren sehr oft und schnell und ohne Genehmigung entfernt. Danke eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs konnten wir nun endlich erreichen, dass das Umweltministerium in einem Rundschreiben klargestellt hat, dass Biberdämme nicht nur zum Schutz bewohnter Biberbauten geschützt sind, sondern weit darüber hinaus – eine gute Nachricht für Gelbbauchunke und Co.

Gemeinsam mehr bewegen: Unsere Mitmachprojekte

Und noch eine gute Nachricht: Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie waren die Aktivitäten der Artenschützer*innen im BN ungebrochen. Unsere Mitmachprojekte und auch deren Teilnehmer*innenzahlen wachsen stetig. Bei der Amphibienrettung haben wieder über 6.000 freiwillige Helfer*innen mitgemacht, über die Hummelhotline gingen mehr als 3.200 Hummelfotos zum Bestimmen ein und auch der Vogel-Philipp hat sich die Finger wundgetippt und alleine im April 6.000 WhatsApp-Nachrichten an interessierte Vogelfans geschickt. Das Presseecho war bei allen Mitmach-Projekten sehr groß, aber besonders häufig wurden in diesem Jahr die ersten Ergebnisse des **Citizen Science Projektes „Eichhörnchen in Bayern“** abgedruckt oder als Radiobeitrag gespielt.

In diesem Jahr beteiligt sich der BN auch an einem ganz neuen Projekt: der **Krautschau!** Diese Aktion soll das Bewusstsein für unsere Wildpflanzen in der Stadt und in den Siedlungen stärken. Also überall dort, wo Flächen versiegelt sind. Denn wir brauchen keine toten, versiegelten Flächen, sondern mehr innerstädtisches Grün. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass viele Menschen von der Mitmachaktion erfahren und das ganze Jahr über daran teilnehmen, Pflanzen bestimmen und auf den Straßen mit Kreide markieren. Übrigens: wir haben auch Kreide hier auf der Delegiertenversammlung dabei, wer will, kann also in der Pause gleich ein paar Schritte aus der Halle heraus machen und loslegen.

Amphibienaktion

Besonders stolz können wir auf unsere **Amphibienaktion** sein. Es ist beeindruckend, was all die Zaunbetreuer*innen hier Jahr für Jahr überall in Bayern leisten – und das bei zunehmend schwierigen Bedingungen und vielerorts Sorge ob des Rückgangs selbst bei Allerwelts-Arten wie der Erdkröte: Auch dieses Jahr – so wurde es am BN-Artenschutzstammtisch Amphibien vor zwei Wochen deutlich – ist an vielen Amphibienzäunen ein negativer Trend zu beobachten. Wir fürchten, dass die zunehmend trockenen Sommer und Frühjahre hier ihren Tribut fordern. Umso wichtiger ist es, dass in Bayern endlich Ernst gemacht wird mit der Renaturierung von Fließgewässern, Auen und Mooren und mit der Vernetzung von Biotopen in ausgeräumten Agrarlandschaften. Denn in intakten und vernetzten Amphibien-Lebensräumen - so berichten uns die Aktiven vor Ort - gibt es keine starken Rückgänge der Bestände. Wir wissen also, was zu tun ist.

Ein ausdrückliches Dankeschön an dieser Stelle dafür, dass auch unsere Amphibiendatenbank auf der BN-Homepage wieder zunehmend von den Kreisgruppen mit Zahlen gefüttert wird. Wir brauchen diese Zahlen, um den politischen Entscheidungsträger*innen schwarz auf weiß zeigen zu können, dass es höchste Zeit ist, aktiv zu werden. Wir haben an der Krefelder Studie gesehen, was verlässliche Langzeitdaten

für das Bewusstsein zum Rückgang der Insekten bewirken kann. Vielleicht können wir mit unseren Amphibiendaten etwas Ähnliches schaffen.

Feuersalamanderprojekt

Für den gefährdeten Feuersalamander konnten wir im März 2021 in Zusammenarbeit mit dem LBV und dem Landesverband für Amphibien- und Reptilienschutz in Bayern LARS ein Artenhilfsprogramm über 1,7 Millionen Euro starten. Schwerpunkte des Projekts, das im BN von Horst Schwemmer betreut wird, sind zum einen die Erfassung von Feuersalamander-Larven und biotopverbessernde Maßnahmen wie Quellfreilegungen. Zum anderen die intensive Öffentlichkeitsarbeit, um eine Ausbreitung des invasiven Pilzes Bsal zu verhindern bzw. dafür zu sensibilisieren. Das ist ein Projekt, in dem viele Ehrenamtliche in sieben Gebieten über ganz Bayern hinweg mitwirken und erstmals in diesem Umfang die beiden großen Naturschutzverbände...

Eine Heimat für den Wolf

Ein großer Erfolg für den Artenschutz ist es, dass Tierarten wie Bär, Fischotter, Luchs und Wolf in ihre bayerische Heimat zurückkommen.

Nicht so erfreulich ist allerdings, dass wir uns seit der letzten DV gleich zweimal gezwungen sahen, geltendes Naturschutzrecht gegen fachlich und rechtlich haltlose Abschussbescheide zu verteidigen. Sowohl beim **Fischotter** als auch beim Wolf in Traunstein haben sich die zuständigen Regierungen und dahinter stehenden Landespolitiker*innen eine deutliche Schlappe eingefangen. Dass ihre Begründungen für die Abschüsse an den Haaren herbeigezogen waren, haben auch die Gerichte schnell gemerkt. Wenn die Regierung die Naturschutzgesetze nicht einhält oder kennt, dann ist es selbstverständliche Pflicht eines Naturschutzverbandes wie des BUND Naturschutz, dies einzufordern.

Doch nochmal zum Wolf: Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Weidetierhalter*innen alle nötige Unterstützung bekommen, um ihre Tiere vor Wolfsübergriffen bestmöglich zu schützen. Leider hat sich seit unserer letzten DV bei der Förderung nichts verbessert. Es gibt immer noch keine flächendeckende Förderung, mit der sich Tierhalter*innen **jetzt** schon auf Wölfe vorbereiten könnten, die innerhalb weniger Tage aus den bayerischen Wolfsgebieten bei ihnen durch- oder einwandern können. Es gibt immer noch keine finanzielle Unterstützung für die laufenden Kosten des Herdenschutzes. Und es gibt keine ausreichende Förderung für Behirtung, die neben Herdenschutzzäunen und -hunden insbesondere im Berggebiet ein gutes Mittel zum Schutz der Weidetiere ist – und nebenbei auch noch das Tierwohl und die Biodiversität der Weidefläche verbessert.

Nicht zuletzt ist der BUND Naturschutz auch der Naturschutzverband, der nicht nur dem Wolf, sondern auch den Weidetierhalter*innen ganz konkret hilft: Wir beteiligen uns zusammen mit dem Ökobauernverband Bioland am Herdenschutzprojekt „**Life-stock-protect**“, das in Österreich, Südtirol und Bayern durchgeführt wird. Hier geht es darum, ganz praxisnah in Kursen das Herdenschutzwissen unter den Tierhalter*innen zu verbreiten.

Der Wolf wird von vielen Seiten – auch von Politiker*innen - emotional aufgeladen und instrumentalisiert. Er ist einigen ganz recht als Sündenbock für den Rückgang der Weidehaltung. Unsere Aufgabe als Naturschutzverband dagegen ist es, auf fach-

licher Ebene zu diskutieren, hinzuhören, nach Lösungen zu suchen und voranzutreiben. Das werden wir auch in Zukunft weiter tun.

Bayerns Schönheit bewahren – endlich Flächenschutz umsetzen

Der Flächenverbrauch schreitet leider ungebremst voran, trotz aller politischer Versprechen und Beschlüsse. Umso mehr freuen wir uns, dass es uns gelungen ist, die Verlegung der B 19 bei Giebelstadt im Landkreis Würzburg – quer durch den Lebensraum von Feldhamster, Wiesenweihe und Co und hinweg über landwirtschaftlich beste Böden – zu stoppen. Diesem Erfolg gingen viele Jahre hartnäckigen Widerstandes durch die Kreisgruppe Würzburg voraus. Glückwunsch dazu und wir hoffen, dass unserem Widerstand gegen den Ausbau der B12 zur Vollautobahn zwischen Buchloe und Kempten der gleiche Erfolg beschieden sein wird. Bei diesem Wahnsinnsprojekt geht es v.a. darum, noch ein bisschen schneller fahren zu können. CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer hat es in den Bundesverkehrswegeplan geboxt. Es ist nach Berechnungen des Bundes das dritt klimaschädlichste BVWP-Projekt Bayerns. Eine klimapolitische Irrfahrt mit enormem Flächenverbrauch, die sofort gestoppt werden muss.

Und dann haben wir hier im Allgäu noch ein Wahnsinnsprojekt vor uns: Nachdem vor allem durch unsere gemeinsame Arbeit der Skigebietszusammenschluss am Riedberger Horn gestoppt werden konnte, droht nun am **Grünten**, dem Wächter der Allgäus, ein überdimensionierter Ausbau mit neuer Ganzjahresgondelbahn und neuen Schneekanonen und Speicherbecken. Durch unsere detaillierte Einwendung muss der Antragsteller nochmal massiv nacharbeiten. Eine Petition beim bayerischen Landtag läuft.

Mit Kopf, Herz und Gummistiefeln – unsere Umweltbildung

Alle diese Aktivitäten, all unser gemeinsamer Einsatz für Natur, Umwelt und Klima setzen eines voraus: Ein Bewusstsein für die Problematik und Ideen für Lösungen. Das ist ja gerade hier in Bayern leider keine Selbstverständlichkeit ... Um dieses Bewusstsein bei uns selbst, aber auch bei anderen zu schaffen und zu stärken, braucht es Umweltbildung. Und unsere Kolleg*innen in der Umweltbildung, das kann ich durchaus sagen, arbeiten sehr erfolgreich.

Ich nenne hier nur die vielen Online-Angebote und die jetzt wieder stärker in Präsenz durchgeführten Seminare und Tagungen, die Naturtage für Kinder und die vielen Exkursionen, das Umweltbildungsschiff Takatuka der Kreisgruppe Deggendorf und das vom Umweltministerium geförderte Projekt zu den „Arten-Checkern“ der Kreisgruppe Miltenberg, bei dem Schulklassen das Leben zwischen Wimmelwiese und Zauberhecke erforschen.

Dazu gehören aber auch unser BN-Bildungswerk mit seinen vielen internen Fortbildungen, zum Beispiel zu Bauleitplanung und Moderation genauso wie mit öffentlichen Angeboten wie dem Wildbienenkurs oder „Artenkenntnis für Einsteiger“, dazu gehören unsere

anerkannten BN-Umweltstationen in Wartaweil und Würzburg und das Naturerlebniszentrum Schwaben mit Kursen für Bundesfreiwillige, mit Multiplikator*innen-

Schulungen und dem traditionellen und immer gut besuchten Ferienprogramm und Zeltlagern.

Das nur als wenige Beispiele aus dem umfangreichen und in ganz Bayern verankerten Bildungsangebot unseres Verbandes. Fotos aus weiteren Projekten finden Ihr am Infostand des BN-Bildungswerkes im Foyer.

Vieles davon wird durch das Ehrenamt bestens unterstützt, dafür meinen herzlichen Dank an alle, die sich hier einbringen. Viele Projekte aber wären ohne finanzielle Unterstützung z.B. aus den Fördertöpfen des Umweltministeriums nicht umsetzbar. Auch dafür herzlichen Dank zusammen mit der dringenden Bitte, diese Förderung auch in Zukunft aufrecht zu erhalten und auszubauen. Denn hier ist tatsächlich jeder Euro gut angelegt.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist einer der wichtigen Schlüssel, der zur Umsetzung der großen Transformation notwendig ist. Ohne das Verständnis für die Zusammenhänge zwischen ökologischen Grundlagen und menschlichem Handeln, ohne das Wissen um die Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten und unserer Psyche, ohne die Motivation und das Vermögen, eigene Problemlösungsstrategien zu entwickeln und in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen und ohne das tätige Vorleben und Einüben neuer Verhaltensweisen werden wir auf dem Weg zur Energiewende, Verkehrswende und Ernährungswende nur sehr mühsam vorankommen.

Daher noch einmal Danke an alle, die sich hier einbringen und mit Mut und Tatkraft Wege in eine nachhaltige Zukunft aufzeigen, vermitteln und beschreiten.

Rettung der frei fließenden Donau

Zum Schluss möchte ich Euch alle herzlich einladen nach Niederalteich, in der Nähe von Deggendorf. Dort feiern wir an Christi Himmelfahrt das **Fest an der Donau**, zusammen mit Umweltminister Thorsten Glauber und unserem Ehrenvorsitzender Hubert Weiger. Mit der Rettung der frei fließenden Donau haben wir ganz schön was geschafft, aber wie an der noch gestauten Donau bleibt auch hier noch viel zu tun: Unsere exemplarischen Vorschläge zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in Verbindung mit einer besseren Anbindung der Auen, mit mehr Naturnähe im und am Fluss zwischen Deggendorf und Vilshofen wurden lapidar abgelehnt. Es gibt, bis auf wieder und wieder erfolgende Untersuchungen und „Priorisierungen“ so gut wie keine Fortschritte bei der Durchgängigkeit und den Umgehungsgewässern an den bestehenden Staustufen Donau; es gibt so gut wie keine größeren Projekte zum „blauen Band“, eigentlich einem vielversprechenden Bundesprogramm für mehr Ökologie an den Wasserstraßen. Trotz einiger weniger guter Beispiele, oft genug angeregt auch durch den BUND Naturschutz, liegt hier noch eine große Aufgabe vor der Staatsregierung und der Wasserwirtschaftsverwaltung, aber auch vor der Bundesregierung und insbesondere dem neuen Bundesverkehrsminister als auch die bayerische Staatsregierung, da gibt es noch richtig viel nachzuholen und endlich umsetzen. Und auch dafür machen wir weiter Druck.

Liebe Delegierte, liebe Gäste, Ihr seht, trotz Corona haben wir alle gemeinsam im letzten Jahr richtig viel geleistet und auch einige Erfolge erreicht. Und Ihr seht, dass noch richtig viel Arbeit vor uns liegt. Die Klimakatastrophe und das immer schnellere Verschwinden der Artenvielfalt warten nicht. Nicht auf uns und auch nicht auf eine bayerische Staatsregierung, die sich vor lebenswichtigen Entscheidungen und Maß-

nahmen drückt. In diesem Sinne: Lasst uns auch in den kommenden Monaten zusammen feiern, zusammen lernen und zusammen kämpfen! Diesen Dreiklang wünsche ich mir und Euch auch für unsere Delegiertenversammlung – packen wir's an!